

Jetzt, nicht 2022



Seit nun mehr als einem Jahr leben wir in einer Ausnahme-situation, die unser alltägliches Leben von Grund auf verändert hat. Ich wage zu behaupten, dass in den letzten zwölf-einhalb Monaten alle mit Fragen und Situationen konfrontiert waren, die neu für sie waren. Fast alle mussten sich an der Arbeit oder in der Ausbildung neu organisieren. Und für viele sind diese Krise und die Herausforderungen, die sie mit sich bringt, psychisch stark belastend.

Die Zahl der Personen, die unter schweren depressiven Symptomen leidet, ist seit Beginn der Pandemie stark gestiegen, wie eine Umfrage der Universität Basel ergeben hat. Im ersten Lockdown waren noch 9 Prozent der Befragten von schweren depressiven Symptomen betroffen, im November waren es bereits 18 Prozent. Als Vergleich dazu: Vor der Pandemie waren es lediglich 3 Prozent. Bei der Umfrage wurde ein breites Spektrum der Schweizer Bevölkerung befragt, aufgrund der Art der Datenerhebung handelt es sich aber nicht per Definition um eine repräsentative Umfrage.

Auffällig bei den Ergebnissen: Besonders stark betroffen sind junge Menschen zwischen 14 und 24 Jahren, welche im November zu 29 Prozentangaben, unter schweren depressiven Symptomen zu leiden. Laut der Umfrage sind vor allem Stressfaktoren durch veränderte Situationen in der Ausbildung oder an der Arbeit

sowie verstärkte Zukunfts-ängste und mehr Konflikte zuhause Haupttreiber dieser Entwicklung. Weiter belastet die Befragten auch die Angst, dass jemand aus ihrem Umfeld an Covid erkranken könnte.

Wenn man die neusten Zahlen des Bundes betrachtet, fällt zudem auf, dass die Arbeitslosigkeit in der Altersklasse der 20-24-Jährigen im Vergleich zum Vorjahresmonat am stärksten gestiegen ist. Junge Menschen sind bereit, sich in der Krise solidarisch zu verhalten, sind von den Begleiterscheinungen dieser Krise im Durchschnitt aber ungleich stärker betroffen als andere Alterskategorien.

Dies hat auch der Bundesrat erkannt und plant die Einführung eines sogenannten Anordnungsmodells, was auch HausärztInnen ermöglicht, Psychotherapien anordnen zu können. Das macht es einfacher, schnell an psychologische Unterstützung zu kommen, weil so der «Umweg» über eineN FachärztIn für Psychiatrie und Psychotherapie entfällt. Wir Jungen Grünen begrüßen diesen Schritt, finden diese Massnahmen aber klar nicht ausreichend.

Was wir besonders stossend finden: Das neue Modell soll erst ab Sommer 2022 in Kraft treten, das ist mehr als ein Jahr zu spät. Mit einer Petition fordern wir den Bundesrat deshalb dazu auf, diese Änderung schneller vorzunehmen, oder zumindest eine Übergangslösung zu erarbeiten, welche die Zeit bis dahin überbrückt.

Es muss jetzt gehandelt werden, damit dieser Entwicklung entgegengewirkt werden kann und wir alle diejenige Unterstützung erhalten, die wir benötigen.

Delio Zanovello, Co-Präsident Junge Grüne Zürich